Erinnerungskultur im Fokus: Zwischen historischer Verantwortung, Abwehr und gesellschaftlicher Desinformation

Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit prägt die Bundesrepublik seit Jahrzehnten als **demokratisches Fundament**. In jüngerer Zeit stehen diese zentralen Pfeiler des Gedenkens jedoch verstärkt unter Druck. Vorwürfe wie „Schuldkult“ oder die Behauptung, Deutschland werde dauerhaft finanziell ausgepresst („Wir müssen immer zahlen“), sind keine zufälligen Äußerungen, sondern systematische Kampfbegriffe. Sie zielen darauf ab, die **historische Verantwortung** zu delegitimieren und den gesellschaftlichen Konsens zu untergraben.

1. Die Kampfbegriffe und ihre historischen Ursprünge

Slogans wie „Wir müssen immer zahlen“ und die Polemik vom „Schuld-Kult“ entstammen gezielt dem geschichtsrevisionistischen und rechtsextremen Diskurs, wo sie seit Jahrzehnten strategisch eingesetzt werden.

- **Der Vorwurf des Dauereinzahlens:**
  Die Behauptung, Deutschland werde wirtschaftlich ausgepresst, ignoriert den rechtlichen und humanitären Charakter von Wiedergutmachung. Entschädigungsleistungen – wie das Bundesentschädigungsgesetz oder das Luxemburger Abkommen von 1952 – waren keineswegs freiwillige Geschenke, sondern völkerrechtliche und moralische Notwendigkeiten zur Linderung des unermesslichen Leids von Überlebenden. Die Zahlungen waren zudem zeitlich und personell streng reglementiert.
- **Der Begriff „Schuld-Kult“:**
  Diese Wortschöpfung aus dem neurechten und rechtsextremen Spektrum diffamiert die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur als pathologische, von außen aufgezwungene Selbstbeschuldigung. Ihr Ziel ist es, historische Verantwortung als angebliche Gehirnwäsche darzustellen, um den Weg für einen unkritischen Nationalismus freizumachen.

2. Die Perspektive der Opfergruppen: Verhöhnung und Täter-Opfer-Umkehr

Für Überlebende des Holocaust, Sinti und Roma, politische Widerständler, homosexuelle Verfolgte, Zwangsarbeiter und deren Nachkommen sind diese Formulierungen und Angriffe unmissverständlich: Sie empfinden sie als Verhöhnung, sekundäre Täter-Opfer-Umkehr und gefährlichen historischen Revisionismus.

- **Keine Erbschuld, sondern politische Verantwortung:**
  Opferverbände betonen seit jeher, dass es in der Erinnerungskultur niemals um eine vererbte, kollektive Schuld ging. Vielmehr handelt es sich um eine politische und

historische Verantwortung der Nachgeborenen, das Versprechen des „Nie wieder“ durch Demokratie, Pluralismus und Menschenrechtsschutz zu verteidigen.

- **Die Realität der Entschädigung:**
  Viele Überlebende verweisen darauf, dass materielle Leistungen den Verlust von Leben, Familien und zerstörten Existenzen niemals ungeschehen machen konnten. Die Abwehrdebatten verzerren die historische Realität, in der Entschädigungszahlungen oft langwierig, bürokratisch und für viele Verfolgte viel zu spät oder gar nicht erreichbar waren.
- **Sorge über den Rechtsruck:**
  Das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Hetze wird von Betroffenen als direkte Bedrohung wahrgenommen. Sie spüren, dass antisemitische und rassistische Ressentiments, die lange tabuisiert waren, im öffentlichen Raum wieder salonfähig werden.

3. Psychologische Wirkung auf die Bevölkerung: Entlastung, Spaltung und Normalisierung

Die ständige Wiederholung dieser Narrative entfaltet eine spaltende Wirkung auf die Gesellschaft und setzt gezielt psychologische Mechanismen frei, die das demokratische Fundament schwächen.

- **Abwehr von Verantwortung und psychologische Entlastung:**
  Für Menschen, die sich ungern mit historischen Verbrechen auseinandersetzen, bieten Parolen wie „Es ist doch lange her“ oder „Schuldkult“ eine willkommene kognitive Entlastung. Sie erlauben es, historische Bezüge von sich zu weisen („Wir waren das ja nicht“) und sich von unbequemen moralischen Fragen freizusprechen.
- **Verschiebung des Sagbaren und Normalisierung:**
  Wenn radikale Kampfbegriffe in den gesellschaftlichen Mainstream einsickern, verschiebt sich das sogenannte Overton-Fenster. Werte und Institutionen, die auf den Lehren des Grundgesetzes aufbauen, werden durch die ständige Demontage der Erinnerungskultur systematisch untergraben.
- **Polarisierung und Verunsicherung:**
  Während Teile der Bevölkerung solche Parolen als legitime Kritik an einer angeblich übertriebenen Erinnerung betrachten, erzeugen sie bei Minderheiten, Nachkommen von Verfolgten und engagierten Demokraten tiefe Verunsicherung. Sie schüren das Gefühl eines Vertrauensverlusts in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität der freiheitlichen Ordnung.